

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG
(INSTITUT FÜR KONJUNKTURFORSCHUNG)

Wochenbericht

17. Jahrgang

Berlin, den 12. Mai 1950

Nummer 20

Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — ohne Quellenangabe nicht zulässig

Staatsfinanzen und Konjunktur

„In einer dynamischen Gesellschaft ist die Wirtschaft kaum jemals im Gleichgewicht. Täglich stellt sich das Problem von neuem, einen mittleren Kurs zu steuern zwischen Inflation und Arbeitslosigkeit“¹⁾ (Alvin H. Hansen). Auch bei der gegenwärtig in Westdeutschland vorliegenden Aufgabe, die Wirtschaft aus der leichten Stagnation der letzten Monate wieder herauszuführen und die Arbeitslosigkeit zu beseitigen, muß dieser „mittlere Kurs“ angestrebt werden, wobei den Staatsfinanzen die entscheidende Rolle zufällt.

Konjunkturpolitik und Finanzpolitik

Seit es in der modernen Wirtschaftsgeschichte eine bewußte Gesamtwirtschaftspolitik gibt, ist der schmale Mittelweg, von dem der bekannte amerikanische Nationalökonom A. H. Hansen in dem oben angeführten Zitat spricht, selten gesucht und noch seltener gefunden worden. Fast immer hat man von der Seite weggesteuert, wo unmittelbar die größte Gefahr zu drohen schien, um damit in die andere Gefahr zu laufen, bis auch hier die Not so groß wurde, daß man das Steuer wieder herumwarf. Und so fort! Seit der großen Weltwirtschaftskrise 1929/32 ist die Wirtschaftspolitik der meisten und bedeutendsten Länder des westlichen Wirtschaftssystems dadurch gekennzeichnet, daß man vor allem das Ziel einer hohen Beschäftigung zu erreichen suchte und sich dabei auch dann nicht abschrecken ließ, wenn man die Gefahr der „Inflation“ noch immer nicht ganz zu meistern vermochte.

Wenn dies nicht immer gelang, so aber nicht, wie vielfach vermutet wird, deshalb, weil dies bei einer Vollbeschäftigungspolitik überhaupt nicht möglich sei, sondern weil die moderne Wirtschaftspolitik noch immer viel zu sehr fallweise Symptome kuriert statt Ursachen. Obwohl das Einhalten des Mittelkurses sicher nicht leicht ist, bietet das Arsenal der Konjunkturpolitik heute doch viele Mittel, um ihn einhalten zu können; tatsächlich werden sie aber wenig benutzt, da das Ergreifen der notwendigen konjunkturpolitischen Mittel im demokratischen Gemeinwesen auch von der Zustimmung der entscheidenden innenpolitischen Gruppen (und der über die Wirtschaftspolitik mitbestimmenden sonstigen Mächte) abhängt, die meist nur durch drohende Symptome dahin gebracht werden kann, ihre Zustimmung zu neuen Maßnahmen zu deren Bekämpfung zu geben. Erfolgreiche Konjunkturpolitik bedarf jedoch sowohl einer großen Beweglichkeit als auch eines langen Atems; es ist eine alte konjunkturpolitische Erkenntnis, daß die inflationistische Überspannung der Hochkonjunktur mit Erfolg nur in der vorausgegangenen Depression (durch

die richtige Lenkung des beginnenden Aufschwungs) bekämpft werden kann und daß ebenso der Konjunkturrückschlag (d. h. also die Deflation) schon im Aufschwung selbst, in dem er seine Keime hat, verhindert werden muß; es handelt sich m. a. W. also beide Male um die gleiche Aufgabe, auf den „Mittelkurs“ mit den jeweils angebrachten Mitteln zuzusteuern. Am bedenklichsten jedoch ist es, wenn diese Art von Konjunkturpolitik noch gegen Symptome der ablaufenden Phase kämpft, während im Grunde schon eine ganz andere Konstellation ganz andere Mittel verlangt, also etwa noch immer Hochkonjunktur und „Inflation“ bekämpft werden, während in Wirklichkeit schon die Konstellation des beginnenden Abstiegs besteht.

Sicher ist es im Zeitalter der stark gesteuerten Wirtschaft nicht mehr angebracht, eine automatische Folge von Hochkonjunktur und Depression zu erwarten, wie sie bis in die dreißiger Jahre hinein vorgelegen hat; aber die automatischen Kräfte, die früher den Charakter der einzelnen Phasen der Konjunkturzyklen bestimmten, sind noch immer von solcher Stärke, daß jede staatliche Konjunkturlenkung fehlerhaft ist, wenn sie nicht rechtzeitig in Rechnung stellt. Ebenso wenig ist zweifelhaft, daß die entscheidende Beeinflussung der Konjunktur von seiten des Staates nicht mehr durch die Kreditpolitik und noch weniger durch sonstige indirekte („konforme“) konjunkturpolitische Mittel erfolgen kann, sondern — bei dem sehr hohen Teil des Sozialprodukts, das heute unmittelbar durch die öffentliche Hand erfaßt und verausgabt wird — auch in der westlichen Wirtschaft über den öffentlichen Haushalt (Haushalt des Staates, Länder und Gemeinden und aller öffentlichen Körperschaften) erstrebt werden muß. Hat die Konjunktur eine eindeutige Richtung, so wird Unsicherheit in der öffentlichen Finanzgebarung den Verlauf der Dinge u. U. trotzdem nicht sehr stark beeinflussen. An den potentiellen Wendepunkten der Konjunktur kommt jedoch der öffentlichen Hand bei ihrem überragenden Anteil an der Verausgabung des Sozialprodukts nicht nur eine wahrscheinlich ausschlaggebende Grob-Steuerung, sondern auch die Funktion einer indirekten Fein- und Fernsteuerung zu, die in gewissen Fällen labiler Gesamtsituation entscheidend werden kann. Auch für die öffentlichen Finanzen selbst wird sie schon deshalb Schicksalsfrage, weil ihre Einnahmeseite eindeutig eine Funktion

¹⁾ „Economic Policy and Full Employment.“ New York 1947. S. 248.

(Dr. Müller)

des gesamten Wirtschaftsverlaufs darstellt und daher u. U. etwa eine bewußte Defizitpolitik („deficit spending“) das beste Mittel sein kann, um die öffentlichen Einnahmen auf die Dauer zu heben.

Diese Betrachtungen sind — ebenso wie die im letzten Wochenbericht veröffentlichten — veranlaßt durch die nicht unbedenkliche Stagnation, in die die westdeutsche Wirtschaft infolge depressiver Einflüsse von seiten des öffentlichen Haushalts in den letzten Monaten geraten ist¹⁾ und durch die Gefahr von finanzpolitischen Entscheidungen, die im Anschluß an den (inzwischen zurückgezogenen) Einspruch der Besatzungsmächte gegen das Einkommensteuergesetz und die nachfolgenden Beratungen getroffen werden könnten, und die im gegenwärtigen konjunkturellen Stadium weitreichende ungünstige Wirkungen auszulösen vermögen. Es ist im allgemeinen — also auch hier zunächst — nicht Aufgabe der Forschung, bestimmte, konkrete Forderungen konjunkturpolitischer Art zu stellen, sondern die Zusammenhänge zu klären, auf Grund deren die richtigen Entscheidungen getroffen werden können. Der versuchte Umriß wäre aber nicht vollständig, wenn nicht auch die Zusammenhänge internationaler Art beleuchtet würden, die hinter den Bedenken gegen eine expansive westdeutsche Finanzpolitik stehen mögen.

Die konjunkturelle Situation

Fast allgemein wird bei allen konjunkturpolitischen Betrachtungen viel zu wenig beachtet, daß in der gesamten westlichen Welt das konjunkturelle Klima etwa seit Ende 1948 eine gründliche Wandlung erfahren hat. Wir befinden uns zur Zeit in einer Konstellation, die alle Voraussetzungen für einen möglichen Konjunkturabstieg einschließt. Das heißt nicht, daß der Abstieg kommen muß, sondern nur, daß er mit starken Kräften im Anzug ist, denen begegnet werden kann und begegnet werden muß. In Westdeutschland und auch vielerorts in Westeuropa überhaupt ist dies lange verkannt worden, weil die betreffenden Länder in der Isolierkammer eines Sonderklimas lebten, das ihnen noch „Aufschwung“ ermöglichte, während in der übrigen Welt die Zeichen schon auf Wetteränderung standen. Im Falle Westdeutschlands sind die Ursachen des Sonderklimas — Aufstieg vom Nachkriegstief in einer gewissen Isolierung durch die Wirtschaftspolitik der Besatzungsmächte, die gleichzeitig die entsprechenden Stützen liefern — ohne weiteres erkenntlich. Im übrigen Westeuropa ist es vor allem die fortgesetzte und z. T. intensivierte autonome Konjunkturpolitik gewesen, die in einem weltwirtschaftlichen Aufschwungsklima natürlich leichter durchzuführen war als ohne dieses. Und die Schwierigkeiten, die diese Länder — voraus Großbritannien — zur Zeit erleben, sind im ganzen vor allem der Ausdruck für die Spannungen, die sich ergeben, wenn man versucht, diese Wirtschaftspolitik nun entgegen anders gerichteten weltwirtschaftlichen Entwicklungstendenzen fortzusetzen.

Die beiden entscheidenden Vorgänge, die in erster Linie den Wandel der weltwirtschaftlichen Konstellation verursacht haben, sind der Abbruch des „restocking-boom“²⁾, der die Nachkriegsbelebung in der Weltwirtschaft bis 1948 in erster Linie trug, und

der Tendenzwandel in der Welt-Rohstoffwirtschaft; dieser ergab sich aus dem Wiederaufwachen der Grundstoffproduktion bis an oder über den laufenden Verbrauch und führte 1948 zu einer Richtungsänderung der längerfristigen Preistendenzen an den internationalen Warenmärkten. Beide Vorgänge hingen insofern eng miteinander zusammen, als es für das „restocking“ nicht nur eine durch das Einkommensniveau und den Produktionsstand gegebene ungefähre Grenze der absoluten Sättigung gab, sondern mit der Annäherung an diese Grenze auch die Empfindlichkeit des „restocking“-Prozesses gegenüber Erwartungen von Preissenkungen, die sich aus der Entwicklung an den Rohstoffmärkten ergaben, wachsen mußte.

Die mit alledem notwendig verbundene, grundsätzliche Wandlung der Tendenz der Preise — zum mindesten ein Abbruch der bisherigen Hausse-Stimmungen — konnte auf die langfristigen Investitionsplanungen der privaten Wirtschaft nicht ohne Rückwirkung bleiben. Hinzu kamen noch die Wirkungen des Abbruchs des „restocking-boom“ und des Wandels der Rohstoffkonjunktur auf die Einkommenssituation: Der Abbruch der Vorratsanreicherung und der beginnende Vorratsverzehr bedeutete Produktionseinschränkung und daher Einkommensausfall bei den Arbeitern; der Umbruch der Preistendenz bei den Grundstoffen bedeutete vermindertes Einkommen in der Grundstoffherzeugung, vor allem in der Landwirtschaft. Damit aber hat sich auch die gesamte Absatzsituation für die Industrie etwas verschlechtert; auch sind dadurch gewisse Investitionsanreize, die bisher vorhanden waren, weggefallen.

All das gilt zunächst in erster Linie für die Vereinigten Staaten von Amerika; aber die Auswirkungen sind weltweit, sei es, daß die genannten Wandlungen, wie der Umbruch an den Warenmärkten, primär weltwirtschaftlichen Charakters sind, sei es, daß — wie beim Abbruch des „restocking-boom“ — über die Verflechtung der Märkte auch Länder in die dadurch bedingte Verlangsamung der Geschäftstätigkeit hineingezogen worden sind, in denen bisher von der Erreichung der Sättigungsgrenze noch weniger als in den Vereinigten Staaten gesprochen werden konnte.

Die Gesamtnachfrage und die öffentliche Hand

Seit diesen beiden Ereignissen ist die Nachkriegskonjunktur begreiflicherweise bei weitem nicht mehr so aufschwungsgünstig wie vorher. Gewisse depressive Kräfte sind am Werk, da mit den beiden Änderungen der konjunkturellen Grundkonstellation die Gesamtnachfrage — wenigstens vorübergehend — sogar die Tendenz zum Rückgang hat und nun zudem das überaus schwierige Problem erwächst, wie eine Wirtschaft, die im Aufschwung auf eine relativ hohe Investitionsquote eingestellt war, nun, nachdem der Aufschwung in die Horizontale mündet, durch die dann nötige Umstellung auf erhöhten Verbrauch den Rückgang an Investitionsgüternachfrage in der Gesamtnachfrage wettmacht. Wie schwer es ist, das Lohneinkommen durch Steigerung der Reallöhne in dem dazu nötigen Ausmaß zu heben, ohne, bevor das wirklich erreicht werden kann, durch die damit gleichzeitig gegebene Kostensteigerung die Konjunktur erst recht abzuwürgen, ist gerade aus der amerikanischen Konjunkturerfahrung nur zu gut bekannt. Selbst die Steigerung des Lohnniveaus im Gleichschritt mit dem technischen Fortschritt ist keine einfache Sache. Mit anderen Worten: die konjunkturelle Lage ist in einem solchen „Wendepunkt“-Stadium äußerst labil, und die depressiven Kräfte

¹⁾ „Westdeutschlands Öffentlicher Haushalt“. Wochenbericht des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung. 17. Jg., Nr. 19 vom 6. Mai 1950.

²⁾ Wiederauffüllung der im Krieg gelichteten Lager, der Bestände in den Haushalten, dazu Deckung des Nachholinvestitionsbedarfs.

drohen, wenn ihnen erst einmal Raum gelassen wurde oder sie gar durch restriktive Maßnahmen noch vermehrt wurden, sich rasch gegenseitig zu verstärken.

Es ist nun kein Geheimnis mehr, daß das drohende Absinken der Gesamtnachfrage im vergangenen Jahre 1949 in erster Linie, wenn nicht entscheidend, sowohl in den Vereinigten Staaten als auch in Westdeutschland dadurch verhindert worden ist, daß über die öffentliche Hand (durch neue Sozialausgaben usw.) eine maßgebende Stützung des Konsums erfolgt ist¹⁾. In den ersten Monaten dieses Jahres jedoch war die Entwicklung in den Vereinigten Staaten und in Westdeutschland durchaus verschieden: Während in den Vereinigten Staaten die Konjunktur durch einen erneuten Stoß von Sozialausgaben wiederum nach oben und damit vielleicht über das kritische Stadium der Labilität hinausgehoben worden ist²⁾, hat in Westdeutschland die öffentliche Hand im gleichen Zeitraum der Wirtschaft sogar (durch Sterilisierung von zeitweiligen Einnahmeüberschüssen und von Einzahlungen für Importe) Nachfrage vorenthalten³⁾.

Welch weittragende Folgen ein derartiges Verhalten der öffentlichen Hand in einem so labilen Stadium der Konjunktur wie dem gegenwärtigen haben kann, ist offensichtlich. Die Forderung der orthodoxen „Solidität“, d. h. des Ausgleichs des öffentlichen Haushalts, ist vor allem in solchen Situationen kein stichhaltiger Gesichtspunkt; in einer so kritischen Lage muß — auch unter dem Gesichtspunkt einer „soliden“, d. h. (langfristig) auf Ausgleich bedachten Finanzgebarung — der öffentliche Haushalt ganz im Rahmen der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung betrachtet werden. Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, die neben dem ordentlichen Haushalt eiuherlaufen, können ihren Effekt vollständig verlieren, wenn durch einen erzwungenen Ausgleich des ordentlichen Haushaltes die volkswirtschaftliche Gesamtnachfrage gesenkt wird, und dies vor allem, wenn die zur Wirtschaftsankegung grundsätzlich bereitstehenden Mittel nicht stoßweise ausgegeben, sondern „verzettelt“ werden. Die öffentliche Hand müßte sogar bereit sein, vorübergehend so hoch „ins Defizit zu gehen“, daß die in anderen Bereichen der Wirtschaft augenblicklich vorhandenen, auf eine Senkung der Gesamtnachfrage hinwirkenden Kräfte überkompensiert werden. Ist erst einmal ein konjunktureller Rückschlag im Gang, dann kann die öffentliche Hand mit noch so drastischen Ausgabekürzungen und Steuererhöhungen den Einnahmerückgang nicht mehr einholen, und es bedürfte schließlich des Einsatzes eines enormen „deficit spending“, um den Gang der Dinge noch zu wenden. Je rascher und stoßartiger der Einsatz zusätzlicher Mittel von seiten der öffentlichen Hand erfolgt, um so geringer sind die Gefahren, daß sich ein größeres Defizit wirklich ergibt.

Dies sind grundsätzliche Zusammenhänge. Ihre Bedeutung ist um so größer, als die wirtschaftliche Grundsituation in den Vereinigten Staaten und Westdeutschland trotz aller Unterschiede in einem wichtigen Punkte eine zunächst über-

raschende Ähnlichkeit aufweist: Nach dem Ende des „restocking-boom“ in den Vereinigten Staaten zeigt es sich dort, daß — ganz wie in Westdeutschland — der sich selbst überlassene Aufschwung der Wirtschaft nicht mehr ausreicht, um die aus dem laufenden Neuzugang (bzw. in Westdeutschland auch noch aus dem Zugang aus dem Osten) und der laufenden Rationalisierung der Produktion herrührenden Arbeitslosen aufzufangen. Die Situation in den Vereinigten Staaten — mit ihren nach Beginn der Frühjahrsentlastung noch immer 3,5 Millionen Arbeitslosen (Ende April) — ist also nur gradweise von der bedrohlicheren Westdeutschlands verschieden, die dringend eine Therapie verlangt, in der der Finanzpolitik gerade jetzt eine entscheidende Rolle notwendig zukommt.

Internationale Abhängigkeiten

Wäre damit die Kette der Argumente vollständig, so dürfte ein Zweifel, was nun zu geschehen habe, gar nicht auftauchen. Aber sie ist leider nicht vollständig. Das Paradoxe an der gegenwärtigen Situation ist, daß wohl für das weltwirtschaftlich führende Land, die Vereinigten Staaten, eine gewisse natürliche Erschöpfung der Möglichkeiten des Nachkriegs-„restocking-booms“ und der Nachholinvestitionen vorliegen mag, aber gewiß nicht für Westdeutschland, daß aber die westdeutsche Konjunktur in den Rhythmus hineingezwungen zu werden droht, den die Vereinigten Staaten für die ganze Weltwirtschaft angeben, und aus dem sich wohl die Länder, die eine isolierte Vollbeschäftigungspolitik betreiben und betreiben können, bis zu einem gewissen Grade heraushalten können, aber kaum Westdeutschland.

Welche Rolle den öffentlichen Finanzen in den Vereinigten Staaten im gegenwärtigen Klima des Konjunkturrückganges zukommen wird, nachdem das politische Kräftespiel 1949 und vor allem Anfang 1950 die konjunkturpolitisch richtige Linie durchgesetzt hat, ist noch immer nicht ganz gewiß. Mag dort auf Grund der guten gesamtwirtschaftlichen Lage ein gewisses Abwarten mit grundsätzlichen Entscheidungen vielleicht noch tragbar sein, so ist dies in Westdeutschland offensichtlich nicht der Fall. Hier (und in noch höherem Maße in Westberlin!) liegt eine Gefahr. Aber auch die Hemmung, die in der Außenwirtschaftslage Westdeutschlands gegen eine expansive Konjunkturpolitik besteht, verdient ernste Beachtung¹⁾. Ein Ungleichgewicht in der Zahlungsbilanz und „Kreditexpansion“ (bzw. bewußte Defizitwirtschaft im Staatshaushalt) ist nicht nur mit den „klassischen Regeln“, die eigentlich einen „restriktiven Kurs“ verlangen, nicht vereinbar; dies ist auch bei Nichtbeachtung der klassischen Regeln der Wirtschaftspolitik nicht unbeschränkt möglich, wenn die erforderlichen Deckungsmittel zum Ausgleich der Zahlungsbilanz nicht vorhanden sind.

Man soll die hier liegenden Grenzen sicher nicht überbetonen; aber noch weniger wäre es angängig, sie zu übersehen. Doch ist hier — über die Analyse der funktionellen Zusammenhänge

¹⁾ Für die Vereinigten Staaten vgl. hierzu vor allem: Survey of Current Business, U. S. Department of Commerce, Februar 1950. (Annual Review Number).

²⁾ Vgl. Survey of Current Business, März 1950.

³⁾ Vgl. „Westdeutschlands Öffentlicher Haushalt“, a.a.O., und Monatsbericht der Bank Deutscher Länder, März 1950.

¹⁾ Vgl. dazu: Monatsbericht der Bank Deutscher Länder, Januar 1950. S. 345.

hinaus — ein praktisches Urteil zu fällen, für das auch wissenschaftliche Erwägungen sprechen: Der Mut zu einer als richtig erkannten, notwendigen Handlung ist selbst ein Faktor der kommenden richtigen Entwicklung, während Passivität in solcher Lage allein schon einen depressiven Faktor darstellt. Das heißt: Eine Vorwegnahme der Expansion in einem wirtschaftlich und konjunkturpolitisch abhängigen Land, das also eigentlich erst nach dem führenden Land in die Expansion eintreten dürfte, beseitigt daher nicht nur konjunkturelle Gefahrenpunkte in dem abhängigen Lande selbst, sondern auch Gefahrenstellen für die weltwirtschaftliche Konjunktur. Dies vermag den weltwirtschaftlichen Kurs in die richtige Bahn zu lenken —, wenn das führende Land nachkommt, was zweifellos der Fall sein muß, wenn die gesamte Weltwirtschaftskonjunktur (und damit auch die des führenden Landes selbst) nicht abgleiten soll. Da also ohne Expansion die Schwierigkeiten auf alle Fälle wachsen, bleibt gar keine andere Wahl. Bei weiterer Verzögerung des Einschusses der zusätzlichen Mittel und bei erzwungenem Etatausgleich — gleichviel mit welchen Methoden, auf die es hier nur in zweiter Linie ankommt — könnte in dieser Situation bald die aus der Konjunkturgeschichte bekannte Klage mit Recht erhoben werden: Zu

wenig oder zu spät. Auch hier gilt also: „Wer rasch gibt, gibt doppelt!“ In diesem Falle sogar das Vielfache.

★

Aber selbst damit würde man sich noch immer im wesentlichen in der Sphäre der Symptomtherapie bewegen. Die langfristige Aufgabe, die auch dabei schon ins Auge gefaßt werden muß, besteht darin, Vollbeschäftigung nicht nur zu erreichen, sondern dann das Gleichgewicht zu erhalten und den mittleren Kurs zwischen Inflation und Arbeitslosigkeit zu steuern¹⁾. Diese Aufgabe, die eine Umschaltung der Volkswirtschaft aus der im Aufschwung immer etwas „überhöhten“ Investitionsrate auf höheren Verbrauch bedeutet, damit die Gesamtnachfrage auf dem erreichten hohen Niveau erhalten bleibt, ist in den Vereinigten Staaten wahrscheinlich bereits gegeben (und ohne ein Eingreifen gerade der öffentlichen Hand in diesem Augenblick vielleicht nicht lösbar), in Westdeutschland noch nicht; aber daß sie sich auch da eines Tages stellen wird und man sich heute schon auf sie einstellen muß, wenn man hoffen will, sie zu bewältigen, darüber ist kaum ein Zweifel möglich.

¹⁾ Vgl. „The Maintenance of Equilibrium“ (Hansen a. a. O., S. 248 ff.).

Zur Entwicklung der Westberliner Industrieproduktion

Monat	Gesamt- index	Produktionsgüter					Verbrauchsgüter			
		Gesamt	darunter				Gesamt	darunter		
			Elektro- technik	Maschinen- bau	Eisen- und Metallwaren	Fein- mechanik und Optik		Be- kleidung	Druck und Papier- verarbeitung	Holz- verarbeitung
	arbeitstäglich, 1936 = 100									
1949 Juli	17	19	25	11	8	12	9	8	7	16
Aug.	19	21	28	12	8	11	12	13	7	17
Sept.	21	22	29	14	8	11	18	24	12	18
Okt.	23	23	29	14	10	13	23	32	13	23
Nov.	27	28	37	16	11	14	25	36	14	26
Dez.	25	26	34	19	11	15	21	22	17	29
1950 Jan.	22	24	31	16	9	12	16	15	14	23
Febr.	26	26	35	18	10	14	25	36	16	27
März	28	27	34	18	11	16	32	54	16	35
Berechnungen des DIW. Gesamt-Industrie ohne Gas- und Stromerzeugung, Nahrungs- und Genußmittelindustrie und Bauwirtschaft.										

Berechnungen des DIW. Gesamt-Industrie ohne Gas- und Stromerzeugung, Nahrungs- und Genußmittelindustrie und Bauwirtschaft.

Die Produktion der Westberliner Industrie hat sich in den ersten Monaten d. J. wieder belebt. Doch liegt das Produktionsvolumen im März mit 28 vH von 1936 nur wenig über dem im vergangenen Herbst erreichten Höhepunkt (Index für November 1949: 27).

Im ganzen sind mit diesem Ergebnis die winterlichen Rückschläge in der Produktionsentwicklung wieder ausgeglichen. Die Produktionsgüterindustrie allerdings haben den im Herbst erzielten Umfang fast durchweg noch nicht wieder eingeholt. Dies gilt insbesondere für die Eisen- und Metallverarbeitung. Die Produktion von elektrotechnischen Erzeugnissen, Maschinen sowie Eisen- und Metallwaren war im März 1950 um 4 vH geringer als im November 1949.

Der Grund für die Stagnation in diesen Zweigen ist in der Zurückhaltung der westdeutschen Nachfrage zu

suchen. Zwar ist der Auftragseingang aus dem Westen seit dem Abschluß der Blockade angestiegen, doch bei weitem nicht genug, um die Produktion in Berlin auf längere Zeit im Aufschwung zu halten. Die Maßnahmen der Bundesregierung, die darauf abzielen, die westdeutsche Nachfrage nach Berliner Erzeugnissen anzuregen, konnten sich im Produktionsgüterbereich noch nicht auswirken.

Eine kräftige Belebung über den im Herbst erreichten Stand hinaus zeigen einige Verbrauchsgüterindustrien (Bekleidung, Holzverarbeitung). Die Bekleidungsindustrie konnte seit Januar beachtliche Abschlüsse im Westen tätigen und ihren empfindlichen winterlichen Produktionsrückschlag bereits im Februar voll wettmachen. Im März stellte sich der Produktionsindex dieses Zweiges bereits auf 54 vH (von 1936) gegen 36 im November 1949.

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin-Dahlem, Pacelliallee 6 und Bonn, Schaumburg-Lippe Straße 6. Präsident: Dr. Ferdinand Friedensburg. Abteilungsleiterkollegium: Prof. Dr. Bruno Gleitze, Dr. Ferdinand Grünig, Dr. Hans Liebe, Dr. Karl Georg Mahpke, Prof. Dr. Joachim Tiburtius, Dr. Albert Wissler.

Schriftleitung: Dr. Georg Garbe, Berlin-Wilmersdorf, Koblenzer Str. 6. Verlag: Duncker & Humblot, Berlin-Lichterfelde, Geraniestraße 2. B234 ISB, Berlin. Druck: Buch- und Kunstdruckerei Gustav Ahrens, Berlin N 65. Alle Rechte vorbehalten. Printed in Germany. Bezugspreis für den Jahrgang (einschl. Zustellung im Inland) DM 20.—, halbjährlich DM 11.—, vierteljährlich DM 6.—.